Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern d s Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parr v. d. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 212 | Mittwoch, den 1. August | Jahrgang 1928

Neues schweres Eisenbahnunglück in Bayern.

Politischer Gärungsprozeß.

Wer vor unbestreitbaren Tatsachen die Augen verschließt, um sich weiterhin schönen Illusionen hingeben zu können, wird von dem gewaltigen Gärungsprozeß nichts merken, der sich zur Zeit im politischen Leben Deutschlands abspielt. Wer jedoch vor der Erkenntnis auch unbequemer Wahrheiten nicht zurückschreckt, kann nur zu deutlich spüren, daß auf dem Kampfplatz der deutschen Politik ein großes Ringen im Gange ist. Die Gegenpole sind, soweit es sich um die einzelnen Personengruppen handelt, einstweilen noch nicht ganz klar zu unterscheiden. Die Linien laufen noch stark durcheinander, auch sachlich ist die Situation nicht vollkommen übersichtlich. Begriffe wie Volksgemeinschaft, Klassenkampf, nationaler Idealismus, werden als Kampfziele hingestellt. Ganz allgemein gesprochen: Es geht um den Inhalt und Bestand der politischen Parteien, um die innenpolitische Konstellation der Zukunft.

Nichts wäre verfehlter, als wenn man annehmen wollte, der Konflikt, der das Gefüge der Deutschnationalen Volkspartei augenblicklich in seinem Fundament erschüttert, sei nur eine lokale innerparteiliche Angelegenheit. Die deutschnationale Presse tut zwar so, als handle es sich bloß darum, Versäumtes nachzuholen, das heißt, den monarchischen Gedanken mit neuem lebendigen Leben zu erfüllen. Die Deutschnationalen hätten, wie sie sagen, in den letzten Jahren teilweise unter dem Drängen der Wirtschaftskreise die idealen Seiten ihres Programms weniger betont, als die anderen aktuellen Gebiete. Greift die Deutschnationale Volkspartei, die ohnehin ein neues Programm auszuarbeiten beabsichtige, die vom Abgeordneten Lambach in der Oeffentlichkeit aufgeworfene Frage richtig auf, dann müsse es auch gelingen, in der Jugend frische Begeisterung für das monarchische Ideal zu schaffen.

Lägen die Dinge so einfach, dann wäre es freilich nicht notwendig, besondere Worte zu verlieren. Die Führer der Deutschnationalen Volkspartei wissen selbst am besten, daß sie mit dem Lockmittel Monarchie keine Wähler auf die Beine zu bringen, am allerwenigsten aber auf die Jugend einen Einfluß zu gewinnen vermögen. Die Monarchie ist so wenig aktuell, daß sie so gut wie keine Rolle spielt. Soziale Probleme sind es, an denen sich die Geister erhitzen. Der Kampf geht um die Macht, um die Führung in der Partei. Aber nicht nur bei den Deutschnationalen! Auch bei anderen Parteien sind die gleichen Beobachtungen zu machen. Daher ist es nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß unser ganzes Parteisystem in der nächsten Zeit voraussichtlich eine schwere Krisis durchzumachen haben wird. Verschont von Erschütterungen ist einstweilen nur die Sozialdemokratie geblieben. Sie ist es aber auch, die sich als Nußnießerin der Auseinandersetzungen betrachtet und durch den „Vorwärts" erklären läßt, es verstehe sich von selbst, daß die sozialdemokratische Partei den großen propagandistischen Aufgaben, die diese Situation ihr stelle, gerecht werden wird.

Die Sozialdemokratie denkt bei ihrem Vorhaben, aus den in den bürgerlichen Parteien — zunächst jedem erkennbar in der Deutschnationalen Volkspartei — ausgebrochenen Unruhen möglichst großes Kapital zu schlagen, nicht unlogisch. Sie ist Klassenkampfpartei und bekennt sich offen als solche. Da die Kämpfe in der Deutschnationalen Volkspartei, die als Beispiel auch mehr oder weniger gut den Zustand in den übrigen Parteien zu verdeutlichen vermag, auf den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmertum und Angestelltenschaft zurückzuführen sind, fühlt sich die Sozialdemokratie zur Aufnahmestellung für alle diejenigen Arbeiter und Angestellten berufen, die in den rechts von ihr stehenden Parteien keine Heimat mehr zu haben glauben. In der Politik verläuft jedoch nicht alles nach dem Gesetz der Logik. Es ist daher wohl nicht zu befürchten, daß beispielsweise die deutschnationalen Angestellten und Arbeiter infolge des seelischen Erlebnisses, das sie bei ihrer Partei hatten, nun ohne weiteres den Abmarsch ins sozialdemokratische Lager vollziehen werden. So wird sich der Gärungsprozeß wahrscheinlich nicht auswirken.

Viel eher wird man damit rechnen können, daß sich die nicht mit Unrecht erregten Kreise den Verbänden zuwenden, die, wie der Jungdeutsche Orden, die Devise „Nationaler Idealismus" auf ihr Banner geschrieben haben, und somit dem schaffenden politischen Leben der Wirklichkeit vorübergehend verloren gehen. Es ist schön und gut, wenn der Jungdeutsche Orden den Neubau des Staates an Haupt und Gliedern als Forderung aufstellt, „um das Volk in dasjenige staatsbürgerliche Verhältnis zu bringen, das jedem die Pflicht zum politischen Handeln auferlegt und die Möglichkeit schafft, daß nur diejenigen in der Volksführung tätig sein können, die aus dem Vertrauen des Volkes erwachsen."

Das hört sich nicht übel an. Der Jungdeutsche Orden hat jedoch durch die Tat bisher noch nicht bewiesen, daß er mehr ist als ein geschickt geleiteter Debattierklub. Aber gerade durch Redensarten, wie „der nationale Idealismus wahrt die heiligsten Güter und Rechte des Volkes", läßt sich mancher, der sich von plutokratischer Interessenpolitik vom Schlage eines Hugenberg abgestoßen fühlt, verleiten, der Fahne des Jungdeutschen Ordens zu folgen, ohne zu wissen, wohin eigentlich die Reise dieses Bundes gehen soll. Vorläufig ist nur bekannt, daß der Jungdeutsche Orden den Staat von heute verneint. Welche andere, bessere Form er auf Lager hält, verschweigt er wohlweislich, weil er sich selbst darüber noch nicht im klaren ist.

Aufgabe der Mittelparteien muß es sein, die in Bewegung befindlichen Wählergruppen von einer falschen Marschrichtung abzuhalten. Nicht im Klassenkampf der Sozialdemokratie kann das Heil der Zukunft liegen, und Organisationen mit verschwommenen Zielen können dem deutschen Volke auch nicht als Kristallisationspunkt politischer Wirksamkeit dienen. Es gilt nicht, die Kluft zwischen den einzelnen Klassen noch weiter aufzureißen. Sie muß überbrückt werden. Das geeignete Mittel hierfür ist die Volksgemeinschaft, deren wahren Sinn leider so viele noch nicht erfaßt haben. Volksgemeinschaft heißt gegenseitiges Verstehen, keine Unterdrückung einzelner Schichten, sondern ausgleichende Gerechtigkeit für alle. Nur wer der Idee der Volksgemeinschaft dient, dient dem wahren Wohl des ganzen deutschen Volkes.

12 Tote und 39 Verletzte.

Ein Personenzug auf einen Güterzug gefahren.

Augsburg, 31. Juli. Der beschleunigte Personenzug 911 ist auf der Strecke von Ulm nach Augsburg heute nachmittag gegen 3,45 Uhr auf der Station Dinkelscherben infolge Versagens der Weiche auf einen in der Station haltenden Güterzug aufgefahren. Die Lokomotive und drei Wagen des Personenzuges wurden ineinandergeschoben. Man spricht bisher von 12 Toten und 35 Verletzten. Von Augsburg sind zwei und von Ulm ein Hilfszug an die Unfallstelle abgegangen.

Bei dem verunglückten Personenzug handelt es sich um den beschleunigten Personenzug Saarbrücken — Stuttgart — Augsburg — München — Ulm. Der Güterzug war bei Dinkelscherben auf ein Ueberholungsgleis gesetzt worden. Infolge falscher Weichenstellung war der beschleunigte Personenzug nicht geradeaus, sondern auf das Ueberholungsgleis gekommen, und dadurch ist dieses neue Unglück entstanden.

★

Der amtliche Bericht der Reichsbahndirektion Augsburg.

◇ **Augsburg, 31. Juli.** Die Reichsbahndirektion Augsburg hat um 21,20 Uhr folgenden amtlichen Bericht über das Eisenbahnunglück herausgegeben: Der aus der Pfalz kommende Personenzug 911 ist heute nachmittag 16 Uhr bei der Einfahrt in Station Dinkelscherben infolge falscher Weichenstellung auf den dort zur Ueberholung stehenden Durchgangsgüterzug 2385 aufgestoßen. Bei dem Güterzug sind die drei letzten Wagen entgleist und zerstört. Bei dem Personenzug ist die Lokomotive mit Tender entgleist, ebenso der nachfolgende Eilgutwagen. Die folgenden sieben Personenwagen sind ebenfalls entgleist. Einer von diesen wurde zerquetscht, einer geknickt. Getötet wurden zehn Personen, schwer verletzt etwa 16, weniger schwer verletzt 12 Personen, außerdem wurden 23 Personen leichter verletzt, die ihre Reise fortsetzen konnten. Von den Schwerverletzten wurden zwölf mit Rettungswagen nach Augsburg gebracht. Von diesen sind zwei ihren Verletzungen auf dem Transport erlegen. Die weniger schwer Verletzten wurden in Sanitätsautos nach den Krankenhäusern in Zusmarshausen und Augsburg gebracht. Der erste Hilfszug wurde von der Station Augsburg um 16,05 Uhr angefordert, fuhr um 16,24 Uhr ab und traf 16,50 Uhr auf der Unfallstelle ein. In diesem befand sich der Präsident der Reichsbahndirektion, der Betriebsdezernent, der Sicherungsdezernent, der maschinentechnische Dezernent, sowie der Vorstand des Betriebsamtes, des Maschinenamtes und der stellvertretende Vorstand des Bauamtes. Die erste Hilfe war in der Zwischenzeit von Aerzten aus Dinkelscherben und Zusmarshausen, sowie von Krankenschwestern des Krankenhauses Zusmarshausen geleistet worden. Kurze Zeit später traf die Sanitätskolonne mit drei Aerzten, zwei Kraftwagen und Sanitätspersonal an der Unfallstelle ein.

★

Die Toten von Dinkelscherben.

München, 31. Juli. Wie die Reichsbahndirektion München mitteilt, sind bis jetzt folgende Namen der Toten des Eisenbahnunglücks bei Dinkelscherben festgestellt worden:

Clemens Bartel, Schreiner, aus Wolfratshausen,
Pfarrer Hölzl aus Heiligenfeld bei Würzburg,
Hohmann aus Schliersee,
Jakob Manges, Bäckermeister, aus Echelbach bei Sinzheim,
Rummelsberger aus Miesbach,
Professor Götzmann, Geistlicher.

Ein 10 bis 12 Jahre altes Mädchen und drei unbekannte Personen konnten bisher noch nicht dem Namen nach bestimmt werden. Zwei Schwerverletzte sind auf dem Transport in das Krankenhaus gestorben. Auch ihre Namen stehen noch nicht fest.

Unter den Schwerverletzten befinden sich die Frau und die Tochter eines Professors Malberg unbekannten Herkunftsortes. 10 Schwerverletzte sind im Krankenhaus untergebracht. Die Leichtverletzten wurden nach Augsburg eingeliefert.

Die Kunde von dem neuen großen Eisenbahnunglück rief in München starke Erregung hervor. Die Anschlagstafeln der Zeitungen wurden von dichten Menschenmassen umlagert. Viele Hunderte eilten zum Hauptbahnhof, um Auskunft über Angehörige, Bekannte und Freunde zu erlangen, die aus der Richtung Ulm erwartet wurden. Unter dem Publikum spielten sich erregte Szenen ab, und es wurde heftige Anklage gegen die Reichsbahn laut.

★

Maßnahmen Dr. Dorpmüllers.

▲ **Berlin, 31. Juli.** Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat sofort nach Bekanntwerden dieses neuen Unfalles in Bayern, um volle Klarheit über die Gründe des Unfalles zu schaffen, zusammen mit dem Herrn Reichsverkehrsminister eine Kommission an die Unfallstelle entsandt. Zu dieser Kommission gehören die Reichsbahndirektoren Bilp und Staejel, sowie Ministerialrat Dr. Eberling.

Wie wir hören, ist Dr. Dorpmüller entschlossen, in rücksichtsloser Strenge im Interesse der Sicherheit auf der Reichsbahn durchzugreifen. Seine Maßnahmen werden sich erstrecken insbesondere auf das Gebiet des Sicherungswesens, auf die Vorschriften in der Durchführung des Betriebes und der Arbeitszeit und auf personelle Fragen.

★

Die in vorstehender Meldung angekündigten Maßnahmen hat Dr. Dorpmüller schon dieser Tage in seinen Erklärungen vor Vertretern der Presse bekanntgegeben. Ihre Wiederholung vermag indessen nicht den Eindruck zu verwischen, daß in Bayern im Reichsbahnbetrieb — um einen derben bajuvarischen Ausdruck zu gebrauchen — ein Sauzustand herrschen muß und daß eine Eisenbahnfahrt durch Bayern lebensgefährlich erscheint. Von einer Betriebsicherheit kann dort jedenfalls nicht mehr gesprochen werden.

★

Die Teilnahme des Bayrischen Landtags.

◇ **München, 31. Juli.** Im Bayerischen Landtag, der am Dienstag nachmittag zu einer Vollsitzung versammelt war und kurz vor dem Abschluß seiner Arbeiten stand, rief die Nachricht von dem Eisenbahnunglück bei Dinkelscherben große Bestürzung hervor. Der Präsident Dr. Königsbauer sprach namens des Hauses das Beileid aus und erhielt die Ermächtigung, wie bei dem Münchener Eisenbahnunglück auch hier den so schwer Getroffenen das Beileid der Volksvertretung zum Ausdruck zu bringen. Die Abgeordneten hatten sich während der Ansprache des Präsidenten von den Sitzen erhoben. Ein Nationalsozialist machte während der Ausführungen des Präsidenten den Zwischenruf: „Dawesbahn", wurde aber vom Präsidenten sehr scharf zur Ordnung gerufen.

Eisenbahnunfall in Ungarn.

◆ **Bukarest, 31. Juli.** Nach einer amtlichen Mitteilung der Staatsbahndirektion sind die zwei letzten Wagen des heute früh vom Ostbahnhof abgegangenen Bukarester Schnellzuges zwischen den Stationen Tapioczelle und Tapiogyörgye aus unbekannter Ursache entgleist. Infolge des plötzlichen Haltens sind darauf auch die Puffer von drei anderen Wagen zusammengepreßt worden, sodaß fünf Wagen des Zuges auf der Strecke zurückgelassen werden mußten. Drei Reisende erlitten unbedeutende Verletzungen. Der Zug wurde in der Station Szolnok ergänzt und von dort mit 65 Minuten Verspätung weitergeführt. Die Strecke dürfte in einigen Stunden wieder befahrbar sein.

Wer hat den Mörder Obregons zu seiner Tat getrieben?

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 31. Juli. (Drahtb.)

Unwahrheiten werden durch öftere Behandlung zwar nicht berichtigt, aber nach dem Satz: „Es bleibt doch immer etwas hängen" wird diese Sitte nur zu oft angewandt. So müssen wir es jetzt wieder erleben, daß aufs neue wieder die Behauptung aufgetischt wird, die Katholiken seien die Anstifter zur Ermordung des mexikanischen Präsidenten Obregons. Wie sich der „Vorwärts" aus Mexiko melden läßt, wird in dem Untersuchungsmaterial behauptet, eine Klosterschwester, die geständig sei, sei eine der Hauptschuldigen. Sie gebe zu, daß der Mordplan im Kloster besprochen worden sei und daß sie selbst vor Monaten in vertrauten Kreisen auf die Notwendigkeit des gewaltsamen Todes Obregons und Calles' hingewiesen habe. Der Mörder habe am frühen Morgen des Mordtages die Messe gehört und die Absolution erhalten.

Die amtliche mexikanische Verlautbarung darf man bekanntlich nur mit größter Vorsicht aufnehmen. Die Behauptung der Mitschuld einer Klosterschwester paßt insofern zu den bisherigen Vorgängen in Mexiko, als man dort unbedingt die katholische Kirche mit der Bluttat in Zusammenhang bringen will. Sollte, was jedoch einstweilen noch bezweifelt werden muß, tatsächlich eine Klosterschwester in die Angelegenheit verwickelt sein, so ließe sich daraus noch lange nicht der Beweis konstruieren, daß die Katholiken Mexikos oder die katholische Kirche an der Ermordung Obregons mitschuldig sind. Zunächst muß abgewartet werden, ob überhaupt an dieser Meldung etwas Wahres ist.

★

Aehnliches wie der „Vorwärts" meldet auch Reuter aus Mexiko. Aber ein wesentlicher Unterschied ist doch vorhanden. Die Reutermeldung lautet:

Nach einem Pressevertretern gestern vorgelesenen umfangreichen Polizeibericht, den der Mörder Obregons Juan de Leon Toral bestätigte, ist dieser zum Morde durch die zufällige Aeußerung einer Nonne veranlaßt worden, die ihm gesagt hatte, die Lage der Kirche in Mexiko würde sich bessern, wenn Obregon, Calles und der Patriarch der schismatischen katholischen Kirche stürben. Leon Toral sieht seiner voraussichtlichen Hinrichtung mit Ruhe entgegen. Er erklärte, er sei überzeugt, daß er ebenso wie Obregon, der, wie er sagte, „ein im Grunde guter Mann gewesen" sei, in den Himmel eingehen werde. Er entlastete durch seine Aussagen vollkommen Morones und die anderen Arbeiterführer.

Eine „zufällige Aeußerung einer Nonne" — das ist schon etwas ganz anderes als die Besprechung des Mordplans im Kloster. Die Frage liegt nahe, ob der Mörder Obregons die „zufällige Aeußerung" auch richtig verstanden hat, ob darin überhaupt der Wunsch gelegen hat, daß jemand Calles und Obregon umbringen möge. Diese Frage dürfte kaum mit ja zu beantworten sein. Warum trat Morones zurück? Warum hält er sich verborgen, wenn er unschuldig ist? Der Polizeibericht macht, das muß man sagen, auch in der Form, wie ihn Reuter verbreitet, einen durchaus unglaubwürdigen Eindruck.

Der kroatisch-serbische Konflikt.

Belgrad, 31. Juli. Ministerpräsident Koroseţsch wird die Regierungserklärung am Mittwoch in der Skupschtina abgeben. In politischen Kreisen wird mit besonderer Aufmerksamkeit die Tätigkeit der Opposition in Agram verfolgt. Die Opposition hat nämlich beschlossen, gleichzeitig mit den Sitzungen der Skupschtina in dem Agramer historischen Sitzungssaale des kroatischen Landtages Sitzungen abzuhalten und die der Skupschtina als nichtig zu erklären. Demgegenüber befaßt man sich in Belgrader offiziellen Kreisen mit der Absicht, diese Sitzungen in Agram zu verbieten. Auf der Tagesordnung der Skupschtina befindet sich auch der Nettunovertrag.

★

Zum Verständnis vorstehender Meldung sei bemerkt, daß die Kroaten, deren Land mit der Hauptstadt Agram oder, wie sie heute heißt, Zagreb bis zum Ausgang des Weltkriegs ein Teil Ungarns war, die Vereinigung mit Serben und Slowenen von Anfang an nur in der Form gewollt haben, daß Kroatien ein autonomer Staat wurde, der mit Serbien nur den Herrscher gemeinsam haben sollte. Aber die Verfassung, die dann in der Skupschtina unter demonstrativem Fernbleiben der Kroatischen Bauernpartei, die fast alle kroatischen Wähler hinter sich hat, zustande kam, schuf den zentralisierten S. H. S.-Staat, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Die Kroaten, deren Führer bekanntlich Stephan Raditsch ist, sind dann zwar später in das Parlament zurückgekehrt, sie haben sich auch unter Zurückstellung ihrer Autonomieforderung längere Zeit an der Regierung beteiligt, aber sie waren doch sehr schwierige Koalitionspartner, sodaß, namentlich seit dem

Ausscheiden des alten Pasitsch aus der Politik, Jugoslawien von einer Krise in die andere stolperte. Die Schüsse, die dann neuerdings in der Skupschtina gefallen sind und durch die bekanntlich kroatische Abgeordnete getötet und verwundet worden sind, haben dazu geführt, daß die Kroaten nunmehr mit den Serben nichts mehr zu tun haben, daß sie vielmehr jetzt ihre Autonomieforderung unter allen Umständen durchdrücken wollen. Das Interview, das Stephan Raditsch einem deutschen Journalisten dieser Tage gegeben hat (von uns veröffentlicht in der letzten Sonntagsnummer), spricht sich mit aller Deutlichkeit über die Ziele der Kroaten aus. Sie verlangen bis auf die Personalunion vollkommene Trennung von Serbien. In der Richtung dieser Politik liegt es naturgemäß, daß sich die kroatischen Abgeordneten nicht mehr an den Arbeiten des Parlaments in Belgrad beteiligen. Nicht absehen läßt sich, wie sich die weitere Entwicklung gestalten wird. Es erscheint aber sehr zweifelhaft, daß noch einmal die Ueberbrückung der Kluft zwischen Serben und Kroaten ohne Berücksichtigung der kroatischen Forderungen gelingen wird.

*

Stephan Raditsch in Lebensgefahr.

▲ **Belgrad,** 31. Juli. Das Befinden Stephan Raditsch' hat sich in der Nacht vom Montag zum Dienstag bedeutend verschlechtert. Es besteht Lebensgefahr. In der Lunge sind neue Entzündungen aufgetreten.

Die Neubildung der bayrischen Regierung.

Die Regierungserklärung.

× **München,** 31. Juli. In der heutigen Plenarsitzung des bayerischen Landtages schlug Ministerpräsident Dr. Held dem Hause folgende Ministerliste vor: Justiz: der bisherige Justizminister Dr. Gürtner, Inneres: der bisherige Innenminister Dr. Stützel, Unterricht und Kultus: der bisherige Minister Dr. Goldenberger, Finanzen: der bisherige Finanzminister Dr. Schmelzle; Landwirtschaft und Arbeit: der bisherige Minister Dr. Fehr; als Staatssekretär für Arbeit im Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit: der bisherige Sozialminister Oswald. Das Haus erteilte, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Kommunisten, dieser Ministerliste in einfacher Abstimmung seine Zustimmung.

Darauf nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort zur Regierungserklärung, in der er u. a. ausführte: So sehr wir das Deutsche Reich lieben, und so fest es in uns steht, daß wir niemals von ihm lassen werden, so tief wurzelt in uns die Ueberzeugung, daß die Erhaltung der föderativen Grundgestaltung des Reiches die Voraussetzung für eine gesunde innere Entwicklung und eine kraftvolle äußere Entfaltung des deutschen Staatsgedankens ist. In einer sachgemäßen und klaren Ausscheidung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern liegt für beide die beste Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung. Die Regierung strebe einen gerechten Finanzausgleich an und werde auf die Erhaltung der Bayern noch verbliebenen eigenen Finanzhoheit und ihre notwendige Erweiterung unausgesetzt bedacht sein.

Der Ministerpräsident betonte dann, daß die Regierung die gesamte bayerische Wirtschaft in allen ihren Teilen zu kräftigen und zu fördern sich zum Ziele gesetzt habe. Sie erwartet dabei vom Reiche, daß es die gebührende Rücksicht auf Bayerns Lage nehme. Was unsere Nachrevolutionszeit an Errungenschaften von wirklich gutem und von gesundem Kern gebracht habe, müsse von einer wirklich fortschrittlich gedachten Regierung anerkannt, gepflegt und weiterentwickelt werden. Die Regierung halte fest an dem Konkordat und den Kirchenverträgen, an der Konfessionsschule, dem Elternrecht und einer Lehrerbildung, die die Erziehung der Volksschuljugend im Sinne des Bekenntnisses sicherstelle. Der erste Gruß und Dank der Regierung gelte der Pfalz mit dem Gelöbnis, nicht zu ruhen und zu rasten, bis sie wieder vollkommen frei von fremden Joch sein werde.

*

Gefahr einer Krise in der Bayrischen Volkspartei.

◇ **München,** 31. Juli. In der Presse der Bayrischen Volkspartei äußern sich zahlreiche Stimmen sorgenvoll über die jüngsten Vorgänge bei der Regierungsbildung in Bayern mit Rücksicht auf die Tatsache, daß sich diese Regierungsbildung im Widerspruch sowohl mit dem Christlichen Bauernverein wie mit der katholischen Arbeiterschaft vollzogen hat. Die Christlichen Bauernvereine lehnen bekanntlich den wieder Minister gewordenen Bauernbundführer Dr. Fehr ab, die Arbeiter dagegen sind über die Aufhebung des Sozialministeriums erregt, obwohl der bisherige Minister jetzt als Staatssekretär für Arbeit die dem bisherigen Sozialministerium entsprechende Abteilung im Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit leitet. Die „Augsburger Postzeitung" schreibt, in der gegenwärtigen Verfassung der Partei liege die Gefahr des Ausbruches einer Parteikrise. Die „Landshuter Zeitung" bemerkt, die Stimmung in weiten Kreisen der Bayrischen Volkspartei, auch im Klerus, sei zur Zeit sehr erregt, und es müsse das Ventil offen gehalten werden, damit keine Explosion entstehe. Eine außerordentlich scharfe Sprache führt der „Arbeiter", das Organ der katholischen Arbeitervereine, der sogar die Bemerkung macht, die christliche Arbeiterschaft in Bayern fühle sich stark, sich durchzusetzen, „wenn nicht in der Bayrischen Volkspartei, dann auf anderem Wege".

Das englisch-französische Abrüstungskompromiß.

Frankreich behält zu Lande volle Freiheit.

Paris zu Chamberlains Abrüstungserklärung.

● **Paris,** 31. Juli. Die Mitteilung Chamberlains im Unterhaus, daß zwischen Frankreich und England ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage zustande gekommen sei, erregt in Paris lebhaftes Interesse. In den bisherigen Mitteilungen der Marinesachverständigen standen die französische und die englische Auffassung einander scharf gegenüber. Die Franzosen verlangten eine einfache Tonnagebeschränkung mit der Freiheit, die Schiffstype auszuwählen, während die Engländer darauf bestanden, daß im voraus die Einzelheiten des Flottenprogramms den Mächten mitgeteilt würden. Wenn diese Meinungsverschiedenheiten nunmehr beseitigt sind, schreibt hierzu der „Matin" so muß man hierfür politische Gründe annehmen. In seiner Rede spielte Austen Chamberlain auf die schwachen Landstreitkräfte an, über die die englische Armee verfüge. Man kann also annehmen, daß zwischen Frankreich und England eine Verständigung dahin erzielt wurde, um einerseits der britischen Admiralität die Freiheit zu geben, ihre Auffassung zu verwirklichen, andererseits der französischen Armee die Freiheit, ihre Rüstungen so zu regeln, wie sie es wünscht." Nach dem Mißerfolg der Flottenkonferenz zwischen England, den Vereinigten Staaten und Japan kommt das Problem der Flottenabrüstung normalerweise vor der vorbereitenden Abrüstungskonferenz wieder auf, die wahrscheinlich in diesem Herbst in Genf stattfinden wird.

Das „Journal" stellt zu den Erklärungen Chamberlains über das englisch-französische Abrüstungskompromiß fest, daß die grundsätzliche Einigung schon vor mehreren Monaten zustande gekommen sei. Hierbei wurde beschlossen, daß Frankreich für seine Landstreitkräfte freien Spielraum erhalten solle, während es als Ausgleich in einem gewissen Maße sich dem englischen Standpunkte hinsichtlich der Flottenabrüstung anschließen werde. Frankreich habe die Flottenbeschränkung nach Schiffstypen angenommen unter der Bedingung, daß die Zahl der Typen begrenzt werde, und zwar auf fünf: Schlachtschiffe, Kreuzer, Hilfskreuzer, Tauchboote und Flugzeugmutterschiffe.

◆ **London,** 31. Juli. Wie Reuter erfährt, stellt das gestern von Chamberlain im Unterhaus erwähnte, zwischen Frankreich und Großbritannien zustande gekommene Kompromiß eine der Grundlagen für die Durchführung der Abrüstung zur See dar. Das Kompromiß bedeutet einen Schritt weiter zur Einberufung der Abrüstungskonferenz. Es ist den anderen großen Seemächten mitgeteilt worden, und man hofft, daß die gefundene Formel für den Vorbereitungsausschuß der Abrüstungskonferenz annehmbar sein wird. In diesem Falle wird das Kompromiß mit in die Empfehlung des Ausschusses aufgenommen werden und auf diese Weise die Einberufung der Abrüstungskonferenz beschleunigen.

★

Offiziöse französische Erklärung.

÷ **Paris,** 31. Juli. Die Agentur „Havas" verbreitet eine Auslassung des französischen Außenministeriums zu dem von Chamberlain in seiner gestrigen Unterhausrede erwähnten englisch-französischen Rüstungsabkommen, in der es heißt: Die früheren Besprechungen des vorbereitenden Abrüstungsausschusses hatten eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Mächten über die Methoden der Einschränkung der Rüstungen zur See ergeben, sodaß der vorbereitende Abrüstungsausschuß darauf verzichten mußte, den von ihm ausgearbeiteten Entwurf eines Abkommens einer zweiten Lesung zu unterziehen. Um die Wiederaufnahme dieser Besprechungen zu ermöglichen, haben die englische und die französische Regierung eine Kompromißformel gesucht. Was Frankreich anbetrifft, so hatte der oberste Rat der nationalen Verteidigung in seiner Sitzung am 13. Juli die notwendigen Weisungen für die Fortsetzung der Besprechungen gegeben. Diese Besprechungen sind nunmehr unter Bedingungen abgeschlossen worden, die die französischen Rüstungen zur See vollkommen wahren. Frankreich und England hoffen zuversichtlich, daß die anderen Seemächte sich diesem Kompromiß anschließen können.

Lloyd George für Räumung des Rheinlandes.

▲ **London,** 31. Juli. Im Verlauf seiner gestrigen Rede im Unterhaus kam Lloyd George auch auf die Frage der Rheinlandbesetzung zu sprechen und sagte: Alle diese Verträge sind schön und gut, aber auf den Locarno-Vertrag ist keine Räumung des Rheinlandes gefolgt. Es ist richtig, daß Locarno Deutschland in den Völkerbund gebracht hat und daß jetzt eine freundlichere Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich herrscht. Ich bin überzeugt, daß die Franzosen Frieden wollen. Trotzdem halten noch immer französische Truppen zehn Jahre nach dem Frieden deutsches Gebiet besetzt. Es ist niemals beabsichtigt worden, daß dies der Fall sein sollte. 15 Jahre war nur als Höchstgrenze bezeichnet, und es war vorgesehen worden, daß im Falle der Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages die Räumung schon vor Ablauf der Frist erfolgen sollte. Ich wüßte nicht, welche Bedingungen des Friedensvertrages verletzt worden wären. Solange fremde Truppen deutsches Gebiet besetzt halten, ist es zwecklos, solche Pakte zu haben. Lloyd George fügte hinzu, er hoffe, die Regierung werde durch eine erhebliche Verminderung ihrer Rüstungsausgaben anderen Nationen ein Beispiel geben, das wertvoller sein würde, als die Unterzeichnung des Paktes.

Russische Protestnote an Rumänien.

÷ **Moskau,** 31. Juli. Tschitscherin sandte an den rumänischen Außenminister ein Telegramm, worin es heißt: Informationen des Außenkommissariats zufolge begann in Galatz die Versteigerung verschiedenen Gutes, das seiner Zeit der russischen Armee gehörte und die Versteigerung von 200 Dampfern aus dem einstigen Besitz der ehemaligen Firma „Russisch-Donauische Dampfergesellschaft", die ausschließlich auf Kapital des russischen Reiches aufgebaut war. Gemäß den allgemein geltenden Rechtsgrundsätzen gehört das erwähnte Gut unzweifelhaft der Sowjetunion, gegen dessen Verkauf die Regierung der Sowjetunion aufs entschiedenste protestiert. Die Sowjetunion macht die rumänische Regierung für den entstandenen Schaden verantwortlich und erklärt, daß sie sich das Recht der Vergeltung gegenüber dem rumänischen Eigentum, das der Sowjetregierung zur Verfügung steht, vorbehält.

Kabinettskrise in London wegen der Schutzzollpolitik?

Uneinigkeit unter den englischen Konservativen.

× **London,** 31. Juli. Im Unterhaus wird morgen das Arbeitermitglied Alexander den Premierminister fragen, ob die Politik der Regierung in der Frage des Industrieschutzes in der Unterhausrede des Schatzkanzlers Churchill vom 24. oder in der Rede des Innenministers Joynson Hicks, die sich durch schutzzöllnerischen Schneid auszeichnete, vom 28. korrekt zum Ausdruck gebracht worden ist.

„Daily Telegraph" erwartet, daß das Kabinett diese Woche die Frage ministerieller Verantwortlichkeit erörtert, um eine Verständigung bezüglich der Reden von Kabinettsmitgliedern über die Frage des Industrieschutzes zu erreichen. „Daily Chronicle" spricht von einer akuten Krise, die gestern am späten Abend im Kabinett eingetreten sei. Das liberale Blatt will wissen, daß der Kolonialminister Amery seinen Rücktritt eingereicht habe, aber ersucht worden sei, diesen Schritt noch einmal zu erwägen. Die Stellung des Ministers des Innern sei zweifelhaft. „Morning Post" widerspricht der Darstellung, daß im Kabinett eine Spaltung herrsche, wenn es auch richtig sei, daß Amery in der Industrieschutzfrage im Gegensatz zu seinen Kabinettskollegen stehe. Dem politischen Korrespondenten der „Daily Mail" zufolge, hat die Rede des Innenministers im konservativen Hauptquartier Anstoß erregt. Joynson Hicks werde in der nächsten Kabinettssitzung deshalb zur Rede gestellt werden.

Das große Interesse, das gegenwärtig die Oeffentlichkeit der Frage des Industrieschutzes widmet, kommt darin zum Ausdruck, daß „Daily Telegraph" heute eine Sonderbeilage über diese Frage veröffentlicht. Darin bringen in 60 Aufsätzen führende Politiker und Wirtschaftssachverständige der konservativen, der liberalen und der Arbeiter-Partei ihre Stellungnahme zu diesem Problem zum Ausdruck.

Churchill ist wie Baldwin der Ansicht, daß eine Schutzzollkampagne die Herrschaft der Konservativen, die schon 1924 nur eine Minderheit der Wahlstimmen repräsentierten, unter allen Umständen brechen würde. Aus den zahlreichen Zollmaßnahmen, die Churchill selbst während seiner Kanzlerschaft eingeführt hat, ist ersichtlich, daß er einen vollkommen opportunistischen Standpunkt einnimmt. In der Unterhausdebatte über die Arbeitslosigkeit scheint jedoch seine liberale Vergangenheit mit ihm durchgegangen zu sein, sodaß seine Erklärung einen leichten Beigeschmack von doktrinärem Freihändlertum erhielt. Auf diese Weise ist nicht nur das unausrottbare Mißtrauen der Konservativen gegen Churchill, das durch die Kommunalsteuerreform eingeschläfert schien, plötzlich wieder lebendig geworden. Er hat auch dem extrem protektionistischen Flügel des Kabinetts einen Vorwand geliefert, um in aller Oeffentlichkeit einen Gegenstoß zu führen.

Da voraussichtlich am Freitag die parlamentarische Tagung zu Ende geht, und unmittelbar darauf das Kabinett sich in alle Winde zerstreuen wird, besteht die Gefahr, daß die Herbstkampagne, die als erster offizieller Abschnitt des Wahlfeldzuges anzusehen ist, sich für die Konservativen in völliger Verwirrung auflöst. Es muß also im Kabinett eine Entscheidung in denkbar kürzester Frist getroffen werden, zumal die Opposition ihre Vorfreude über einen konservativen Mißgriff in der Zollfrage kaum noch bezähmen kann.

Riesenbetrug mit gebrauchten Fahrkarten.

Ein lohnendes Unternehmen.

!! **Breslau,** 31. Juli. **Die Fahndungsabteilung der Breslauer Reichsbahndirektion hat gemeinschaftlich mit der Breslauer Kriminalpolizei einen Riesenschwindel aufgedeckt, der seit Jahren mit gefälschten Eisenbahnfahrkarten betrieben wurde. Gegen zehn Beteiligte, die der Tat überführt sind, ist das Strafverfahren eingeleitet worden. — Das Haupt des Unternehmens ist ein Breslauer namens Tschernik. Er konnte gestern endlich hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Tschernik, dessen Hauptkomplize ein noch nicht ermittelter Eisenbahnbeamter ist, hat eine regelrechte Organisation zur Vornahme seiner Schwindeleien aufgezogen. Der Eisenbahnbeamte verschaffte ihm seit Jahren täglich eine Anzahl benutzter Fahrkarten, die von den Reisenden nach Verlassen des Zuges an der Sperre abgegeben worden waren. Diese ungültigen Karten frisierte er aufs neu und brachte sie in die Ausgabestellen zurück, reklamierte sie dort unter irgendeinem Vorwand und erhielt dann dafür den entsprechenden Geldbetrag. Da es sich um lange Strecken handelte, kamen dabei meist sehr ansehnliche Summen heraus. Zum Verhängnis wurde ihm dieser Tage in Leipzig das dreiste Auftreten einer Vermittlerin. Das erst 22jährige Mädchen hatte am Schalter, als der Beamte nicht gleich auszahlen wollte, einen Streit provoziert, im Verlauf dessen von der Polizei ihre Personalien festgestellt wurden. Inzwischen bekam ein Beamter des Fahndungsdienstes, der über die Schwindelaffäre orientiert war, die reklamierte Karte in die Hände, identifizierte sie nach Rücksprache mit der Breslauer Fahndungsabteilung als gefälscht und ließ das Mädchen verhaften. Da die Beteiligten sämtlich ihre Aussagen verweigerten, kann man noch nicht den Umfang des Schwindels und den angerichteten Schaden feststellen.**

)(**Breslau,** 31. Juli. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt mit: Der Fahndungsdienst der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat erneut Fahrkarten-Betrügereien größeren Umfanges aufgedeckt. Ein Bediensteter des Hauptbahnhofes Breslau entwendete abgefahrene Fahrkarten und überließ sie einem Kaufmann Norbert Soernig. Soernig fälschte diese Fahrkarten oder ließ sich den Fahrpreis im Erstattungswege von Fahrkartenausgaben oder Verkehrsämtern zurückzahlen. Da er bei derartigen Erstattungsanträgen Gefahr lief, entdeckt zu werden, beauftragte der Beamte Hotelbedienstete und auch sonstige ihm völlig fremde Personen mit der Reklamation. Wie einträglich das Geschäft war, geht daraus hervor, daß er Mitte Juli eine Reise mit dem Auto nach Görlitz, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Weimar usw. unternahm und in allen größeren Orten Halt machte, um derartige gefälschte Fahrkarten zu reklamieren. Eine mit ihm reisende Krankenpflegerin unternahm einen Abstecher von Leipzig nach München, um auch dort die gefälschten Fahrkarten zu Geld zu machen. Obwohl die Fälschungen äußerst geschickt durchgeführt waren, glückte Soernig sein Manöver in vielen Fällen nicht. In Leipzig ereilte ihn sein Schicksal. Die Personalien der ihn begleitenden Krankenpflegerin wurden festgestellt; dem Fahndungsdienst Breslau glückte es, als Betrüger den Soernig zu ermitteln.

◆ **Breslau,** 31. Juli. In der Fahrkartenbetrugsangelegenheit beim Breslauer Hauptbahnhof ist bereits gegen 11 Personen ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der einzigartige Riesenschwindel erregt großes Aufsehen. Die Betrügereien wurden bereits seit Jahresfrist bemerkt, und der Verdacht richtete sich schon mehreremal gegen den Haupttäter Soernig, doch reichte das Material niemals zu seiner Ueberführung aus.

25 Jahre Verleger und Chefredakteur.

Am 1. August kann Professor Julius Ferdinand Wolff auf eine 25jährige Tätigkeit als Chefredakteur und Mitinhaber der „Dresdener Neuesten Nachrichten" zurückblicken. Wolff hat sich in der Hauptsache als Theaterkritiker betätigt und im Theaterleben der sächsischen Residenz eine bedeutende Rolle gespielt. In früheren Jahren hat er sich aber auch stark für Politik interessiert und seine freiheitlich-nationalen Anschauungen erfolgreich gegenüber der reaktionären Politik der Königszeit durchzusetzen verstanden. Große Verdienste hat Professor Wolff sich um die Organisation der deutschen Presse erworben. Er gehörte zuerst dem Verein Sächsischer Zeitungsverleger an und wurde dann später zweiter Vorsitzender des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. In dieser Eigenschaft hat er sich insbesondere für ein gutes Verhältnis zwischen Verleger und Redakteur eingesetzt und wurde so einer der Vorkämpfer der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse. Ueber seine Tätigkeit als Redakteur und Verleger hinaus hat Professor Wolff sich u. a. auch große Verdienste um das Hygiene-Museum in Dresden erworben.

Reisegepäck geplündert.

— **Breslau,** 31. Juli. Seit einiger Zeit wurde von Reisenden, die von Breslau aus nach den verschiedensten Richtungen fuhren, die Beobachtung gemacht, daß ihr Gepäck bestohlen und hierauf ordnungsmäßig wieder verschlossen worden war. U. a. wurden, wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten" melden, einer schlesischen Gräfin eine Brosche im Werte von etwa 500 Mark aus dem Koffer gestohlen. Der bahnamtliche Fahndungsdienst stellte fest, daß die Räubereien von zwei Beamten, einem Zugführer und einem Packmeister, begangen wurden. Bei dem Zugführer wurde u. a. die erwähnte Brosche vorgefunden; ferner war der Zugführer im Besitz zahlreicher Nachschlüssel, mit denen er die Koffer öffnete und wieder verschloß. Der Packmeister hat ein Geständnis abgelegt, während der Zugführer trotz der vorhandenen Beweisstücke leugnet. Beide Beamten sind ihres Dienstes enthoben. Die amtliche Bestätigung steht noch aus.

Ein Schwerverbrecher zum zweiten Male ausgebrochen.

× **Lauban,** 31. Juli. Der Geldschrankknacker Nerhoff, der am 2. Juli d. Js. gemeinsam mit seinem berüchtigten Komplizen Paul Kirsch aus der Strafanstalt Sonnenburg ausgebrochen war, wo er bereits 3 Jahre seiner 5½ Jahre betragenden Strafe verbüßt hatte, war am 26. Juli in Langenoels durch einen hiesigen Landjäger erkannt und festgenommen worden. Er wurde in das Laubaner Gerichtsgefängnis eingeliefert. In der Nacht zum 31. d. Mts. ist es dem gerissenen Verbrecher gelungen, aus seiner Zelle erneut auszubrechen und, nur mit einem Hemd bekleidet, das Weite zu suchen. Es wird vermutet, daß der Verbrecher noch kleine scharfe Feilen verborgen eingenäht hatte und in der letzten Nacht die Gitterstäbe durchfeilt hat. Man nimmt an, daß er sich zu seiner Einkleidung nach Langenoels zu seiner Geliebten begeben hat. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei sind im Gange.

Ist Löwenstein ermordet worden?

● **Paris,** 31. Juli. Wie aus Boulogne-sur-Mer gemeldet wird, hat sich die Familie des verstorbenen Bankiers Löwenstein in dem wegen vorsätzlichen Mordes eingeleiteten Gerichtsverfahren als Nebenkläger erklärt noch bevor der Bericht über die gerichtliche Sektion der Leiche vorliegt. Bekanntlich führen die beiden Schwäger Löwensteins den Unglücksfall des Finanzmannes nach wie vor auf ein Verbrechen zurück. Rechtsanwalt Convert erklärte seinerseits, Löwenstein habe in Frankreich und Belgien erbitterte Feinde gehabt und wies darauf hin, daß nach dem Diebstahl in der Villa des Finanzmannes in Biarritz, wo für 17 Millionen Franken Wertgegenstände geraubt wurden, gewisse Blätter über Löwenstein die beleidigenden Verleumdungen veröffentlicht hätten.

Im Faltboot über den Ozean.

Newyork, 31. Juli. Der Deutsche, Franz Romer, der in Lissabon zur Ueberquerung des Ozeans in einem Faltboot gestartet war, ist, laut Associated Preß, heute wohlbehalten in seinem Boot in St. Thomas auf den Virginischen Inseln angekommen. Die Bedingungen für seine Weiterreise sind günstig

Brandkatastrophe in einem amerikanischen Gefängnis.

— **Houston (Texas), 30. Juli. Bei einer Kinovorstellung im Staatsgefängnis gerieten mehrere Filme durch ein unvorsichtigerweise fortgeworfenes Streichholz in Brand. Zwei Gefangene kamen in den Flammen um, 21 andere wurden schwer verletzt, darunter vier lebensgefährlich.**